

Der Tag

1

Zeitung zum Kongress

# der *moment*



*momentum10*  
SOLIDARITÄT

# Inhalt



## BLINDE FLECKEN

Ein Schlaglicht auf unerwünschte Wirkungen des Sozialstaats und neue Möglichkeiten für eine solidarisch gestaltete Ökologisierung des Steuersystem werfen die Beiträge im Track „Verteilung und Umverteilung“.

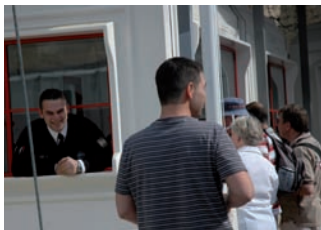
...mehr Seite 4



## ATYPISCHE GEWERKSCHAFTSBASIS

Gewerkschaften kämpfen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse – doch was, wenn manche junge Menschen atypischer Beschäftigung einiges abgewinnen können? Und wie kann die Interessenvertretung damit umgehen?

... mehr auf Seite 6



## GRENZEN DER SOLIDARITÄT

Solidarität als Kitt, der Nationalstaaten zusammenhalten soll: So wurde sie zumindest historisch konstruiert. Nur historisch? Nein, auch innerhalb der EU hält man am nationalstaatlichen Konzept fest. Und zwar auch dann, wenn dies angesichts von Migration und Globalisierung ein fragwürdiger Zugang ist.

... mehr auf Seite 7

# Ringen um das Richtige

Solidarität zum Einstieg



„Wenn etwas zum dritten Mal stattfindet, beginnt eine Tradition.“ Mit diesen Worten eröffnete der wissenschaftliche Leiter von Momentum, Josef Weidenholzer, gestern Abend den Kongress. Solidarität ist das Thema bei Momentum10 – ein Begriff, dessen Facettenreichtum nicht sofort zu fassen ist: Jener scheinbar genuin sozialdemokratische Wert, der besonders selbstverständlich erscheint, wirft viele Fragen auf: Wo beginnt Solidarität, wo hört sie auf? Können wir uns aussuchen, in welchen Bereichen wir solidarisch sind? Und wann habe ich mich zum letzten Mal für jemand anderen eingesetzt?

Der Scheinwerfer wanderte von Hallstatt – Bürgermeister Axel Scheutz gab einen Einblick in die Politik der Stadt – über ganz Österreich zu globalen Herausforderungen für mehr Solidarität. Kongresspräsidentin Barbara Blaha brachte es auf den Punkt: „Wenn jemand

stolpert, fangen wir ihn auf.“ Dieses Auffangen ist Aufgabe eines Wohlfahrtsstaates, der aus- anstatt zurückgebaut werden muss. Heiner Flassbeck zeigte in seiner Keynote sehr deutlich, wie komplex die Frage nach globaler Solidarität ist und dass auch Solidarität „vernünftig“ sein muss. Für

**Wenn jemand stolpert, fangen wir ihn auf.**

Blaha ist es das „gemeinsame Ringen um das Richtige, das in heftiger Debatte und Auseinandersetzung geschehen kann“, und das es ermöglicht – über den Kongress hinaus – an einer solidarischeren Welt zu arbeiten.

Die Inputs erfüllten ihren Zweck: In der Diskussion um die Keynote wurden noch mehr Fragen aufgeworfen, die es gilt zu beantworten. Aber dafür ist dieser Kongress schließlich da.

# Gerechte Verteilung ist ökonomisch vernünftig

Aus der Finanzkrise werden immer noch nicht die richtigen Schlüsse gezogen, kritisiert UNO-Chefvolkswirt Heiner Flassbeck im Interview mit „Der Moment“

*Der Moment: Der Titel Ihrer Keynote-Speech lautet „Solidarität und wirtschaftliche Vernunft – nicht Gegensatz, sondern Notwendigkeit“. Wie ist das gemeint?*

Flassbeck: Solidarität hat den Sinn, Menschen die Teilhabe am produktiven und gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen. Für mich geht es aber – anders als anderen Linken – nicht in erster Linie um eine soziale Frage, sondern ich bin davon überzeugt, dass es um wirtschaftliche Vernunft geht. Es geht um Verteilungsfragen und es ist schlichtweg nicht vernünftig, dass, wie in den USA derzeit, das eine Prozent der obersten Einkommen über 25 Prozent des gesamten Einkommens verfügt!

*Der Moment: Angesichts der aktuellen Budgetdebatten wird über die Rolle der Finanzkrise gar nicht mehr gesprochen. Woher kommt das?*

Flassbeck: Die Staaten sind insofern schon verantwortlich, als sie eine Deregulierung zugelassen haben, die jenseits jeglicher Vernunft war. Zugleich hat ein Teil der Märkte völlig versagt. Aber selbst jetzt, wo der Karren an die Wand gefahren ist, wird die entscheidende Frage nicht ge-

stellt: Welchen Beitrag haben die Spieler auf den Finanzmärkten eigentlich für die Allgemeinheit geleistet? Die Antwort: Der Großteil davon hat dazu gar nichts beigetragen. Sie haben Casino gespielt und als sie dort Verluste gemacht haben, haben sie sich diese vom Staat ausgleichen lassen.

Nun tut man so, als müsse man die üblichen Kürzungsorgien vornehmen, ohne zu fragen, wen diese denn treffen? Das trifft genau jene, die diese Krise nicht verursacht haben, aber am meisten unter ihren Folgen gelitten haben – sprich die ArbeitnehmerInnen.

*Der Moment: Welche Bedeutung kommt hier der Solidarität zu?*

Flassbeck: Das Mindeste, was man hätte tun müssen, wäre die Einführung hoher nationaler Börsenumsatzsteuern. Denn damit könnte man dieses irre Tempo rausnehmen, das in der Finanzwelt vorherrscht. Außerdem könnte man damit zusätzliche Mittel fürs Budget erwirtschaften, ohne dass die Konjunktur einen Schaden davontragen würde. Außerdem müsste es eine ernsthafte Diskussion über den Spitzensteuersatz geben.



Auch die Bankenabgabe allein reicht nicht, denn gezockt wird auch außerhalb der Banken in einem Schattensystem. Wir lassen z. B. immer noch Währungsspekulationen zu – jetzt ist sogar von einem Währungskrieg die Rede – und wir lassen Rohstoffspekulation mit Nahrungsmitteln zu! Nicht nur das, wir lassen zu, dass die Banken – die solidarisch vom Staat gerettet worden sind und jetzt schon wieder unglaublich viel Geld von den Staaten via Zentralbank zu Nullzinsen bekommen – nun den Staaten drohen, dass sie die Budgetdefizite nicht mehr oder nicht mehr zu niedrigen Zinsen finanzieren. Das ist ein Witz ohnegleichen, aber die meisten lachen nicht, weil sie ihn entweder nicht verstehen oder ihnen nicht mehr zum Lachen zumute ist.

## Heiner Flassbeck,

geboren 1950, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes, 1980 bis 1986 Arbeit im Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn, 1998 bis 1999 Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (unter Lafontaine). Seit 2002 ist Heiner Flassbeck Chef-Volkswirt bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf. Zuvor leitete er die Konjunkturabteilung des angesehenen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Am 27. September 2010 ist sein neues Buch erschienen: „Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“.

# Verteilen Sie sich

Leistung lohnt sich nicht, schallt es seitens der Debatte. Doch das ist nicht die ganze Wahrheit.

„Sozialsystem schafft keinen Anreiz für Leistung. Wer mehr verdient, bekommt weniger vom Geld vom Staat: Ein Einkommensunterschied von fast 2.000 Euro brutto verringert sich durch die Transferleistungen auf lediglich 39 Euro pro Monat“, schrieb die Tageszeitung „Die Presse“ im Vorjahr unter Berufung auf eine Grazer Studie, die zu einer monatelangen Diskussion über „Leistungsgerechtigkeit“ von Sozialtransfers führte.

Der Volkswirtschaftler Gerhard Wohlfahrt beleuchtet in seinem Beitrag für den Momentum-Track „Verteilung und Umverteilung“ die Studie kritisch – wirft jedoch auch ein Schlaglicht auf ungeplante Wirkungen des Sozialsystems und liefert Alternativen.

## Steilvorlage für Konservative

*Die in der Studie des Forschers Franz Pretenthaler scheinbar aufgezeigten leistungsfeindlichen Auswüchse des Sozialsystems lieferten Ende 2009 die Steilvorlage für die Konservativen, ein sogenanntes „Transferkonto“ zu fordern, in dem alle empfangenen Sozialleistungen einer Familie enthalten sind. Damit sollte neben der Verteilungsgerechtigkeit auch die Leistungsgerechtigkeit wieder hergestellt werden, hieß es aus der ÖVP. Gerhard Wohlfahrt kontrastiert in seinem Beitrag Pretenthalers Thesen.*

Zuallererst rechnet Wohlfahrt nach und kommt auf ganz andere Ergebnisse: Statt der propagierten 39 Euro Netto-Unterschied bei 2.000 Euro Einkommensdifferenz sind es über 1.000 Euro – die Autoren der Ursprungsstudie hatten etwa auf das (von der Steuer bevorzugt behandelte)

13. und 14. Monatsgehalt vergessen. „Auch Kinder werden älter“, argumentiert Wohlfahrt und sieht sich dieselbe Situation drei Jahre später an: Nach dem Wegfall des Kinderbetreuungsgelds und Landeszuschüssen erhöht sich der Einkommensunterschied auf rund 1.800 Euro.

In seinem Beitrag konzediert Wohlfahrt allerdings, dass durch die große Zahl an Sozialtransfers, die ab einem gewissen Einkommen nicht mehr gewährt werden, nicht nur ein hoher Verwaltungsaufwand, sondern auch eine „kaum steuerbare Gesamtwirkung“ entsteht. Sein Schluss: eine Hinwendung zu universalistischen Sozialleistungen ohne Einkommensgrenze – finanziert durch progressive Einkommens- und Vermögenssteuern.

## ÖKOSOZIALE MÖGLICHKEITEN

Dem Thema Mineralölsteuer (MÖSt) widmet sich der Beitrag von Romana Brait und Dominik Bernhofer. Oft als Massensteuer geschol-

ten, besteht doch Bedarf für eine weitere Ökologisierung des Steuersystems. Brait und

## Unübersichtlicher Sozialstaat? Universalistische Leistungen würden Abhilfe schaffen

Bernhofer untersuchen zunächst die Verteilungswirkung einer möglichen MÖSt-Erhöhung.

Ihr Ergebnis: Die Mineralölsteuer ist eine klassische Mittelstandssteuer. Eine Erhöhung der Steuer vermehrt zwar die Belastung, ändert aber wenig an der verteilungspolitischen Struktur – zumal untere Einkommenschichten weniger Autos besitzen und damit auch weniger Treibstoff verbrauchen. Zu beachten ist allerdings, dass auch einkommensschwächere Haushalte ohne PKW indirekt betroffen sein könnten, wenn der Öffentliche Verkehr seine Preise erhöhen muss.

Eine MÖSt-Erhöhung um 10 Cent pro Liter brächte mehr als eine Milliarde Euro für den Staatshaushalt. Die AutorInnen machen sich dazu Gedanken, wie die Mehreinnahmen verwendet werden könnten, um möglichen Umverteilungseffekten von unten nach oben entgegenzuwirken: So könnte verstärkte Subventionierung von Bahn und Bus oder eine Steuer-



## der Konservativen durch die steuerpolitische Zeit.

befreiung Preiserhöhungen beim Öffentlichen Verkehr verhindern. Außerdem regen sie eine Reform der PendlerInnenpauschale an, diese sei nämlich in ihrer aktuellen Ausformung verteilungs- und umweltpolitisch fragwürdig: Die Subventionierung von „Speckgürtel“-BewohnerInnen der mittleren und oberen

### Die PendlerInnenpauschale gibt keinen Anreiz zur Benutzung von Bahn und Bus

Einkommensschichten und die zunehmende Zersiedelung führen zu einem Aufwand von 730 Mio. Euro pro Jahr. Dass die PendlerInnenpauschale keinen Anreiz für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gibt, ist ein weiteres Problem. Bernhofer und Brait schlagen unter anderem eine Abschaffung der PendlerInnenpauschale für Entfernungen unter 20 Kilometer, eine Erhöhung des allgemeinen Verkehrsabsetzbetrages und eine Einkommensgrenze von 40.000 Euro im Jahr für die PendlerInnenpauschale vor.

Einen sogenannten „Öko-bonus“ als kompensierende Maßnahme zu einer Ökologisierung des Steuersystems schlägt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor. Die Mehreinnahmen aus Ökosteuern sollen aufkommensneutral an Un-



ternehmen und Haushalte zurückfließen. Eine Erstattung nach Köpfen auf alle Haushalte aufgeteilt hätte positive Effekte für die Umverteilung. Wie die oberen Einkommensschichten maßgeblich zu einer ökosozialen Steueraufkommen beitragen könnten, ist jedoch offen.

### GÜNSTIGER OHNE BEGÜNSTIGUNGEN?

Die Rolle von Begünstigungen im österreichischen Einkommensteuersystem und ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen analysieren Christopher Berka und Philipp Piber. Die Negativsteuer, die günstigere Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds (13. und 14. Monatsgehalt) und die niedrigeren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für BezieherInnen geringer Einkommen sollen ArbeitnehmerInnen entlasten – aber wie wirken sie verteilungspolitisch? Es zeigt sich, dass die Begünstigung von 13. und 14. Gehalt,

die erst ab einem gewissen Jahreseinkommen schlagend wird, die Begünstigungen der Niedrigeinkommenbezieher überdeckt. Noch augenscheinlicher ist der Vergleich zwischen den Geschlechtern: In Summe werden Männer durch die drei Begünstigungen durchschnittlich um 1.320 Euro entlastet, Frauen aber nur um 820 Euro.

Berka und Piber diskutieren einen gezielten umverteilungspolitischen Eingriff: So soll die Negativsteuer verdoppelt, und die Begünstigung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld ab einem Jahreseinkommen von 120.000 gedeckelt werden – wovon weniger als ein Prozent der Erwerbstätigen betroffen wären. Weil in dieser Spitzengruppe sechs Mal mehr Männer als Frauen vertreten sind, und von einer ausgeweiteten Negativsteuer deutlich mehr Frauen als Männer profitieren, würde diese Maßnahme auch zwischen den Geschlechtern umverteilen.

### Sprit besteuern

*Mehr als sieben Milliarden Euro brachten Ökosteuern (Mineralölsteuer, Normabhängige Verbrauchsabgabe, Motorbezogene Versicherungssteuer etc.) 2009 ein, das sind rund 9 % der staatlichen Einnahmen – ein Anteil, der im EU-Vergleich im unteren Durchschnitt liegt.*

# Little Boxes

Junge gewinnen atypischer Beschäftigung oft viel ab. Warum und was das für die Interessenvertretung heißt, beschreibt Marlene Lentner

Im Journalismus breiten sich atypische Beschäftigungsformen aus. Gut bezahlte fixe Jobs sind Vergangenheitsmusik. In Oberösterreich sind 201 von 463 JournalistInnen atypisch beschäftigt, vor allem Junge. Die 1,5-fache Normalarbeitszeit wird als jobimmanent betrachtet.



*Marlene Lentner: Prekariat Journalismus – Soziale Lage von JournalistInnen in OÖ, Track: Arbeitsrecht und Arbeitsverhältnisse*

Der journalistische Berufsethos betont berufliche Leidenschaft und erschwert die Grenzziehung zwischen Arbeit und Freizeit, schreibt Marlene Lentner in ihrer Analyse der sozialen Lage von JournalistInnen in OÖ.

Symptomatisch: der Berufseinstieg als Stufenmodell: Die „jungen Willigen“ steigen über unbezahlte Volontariate oder Lehrredaktionen ein. Danach müssen sie sich durch Einsatz und Flexibilität bei wenig Bezahlung und Bereitschaft zur Selbstausschöpfung bewähren. Wer das übersteht, kann als „Freier“ forsetzen. Als Belohnung winkt am Ende das kollektivvertragliche Normalarbeitsverhältnis. Da branchenüblich, scheint dieser Weg legitim, das macht es schwer, die eigene Situation als prekär zu interpretieren.

Dabei wird atypische Beschäftigung oft durchaus po-

## Das System treibt den Leistungsgedanken auf die Spitze.

sitiv bewertet. Die Abkehr vom klassischen „9 to 5-Job“ mit „Anwesenheitspflicht“ im Büro verspricht inhaltliche und kreative Freiheit. Allerdings stoßen Individuen unabhängig von der Beurteilung der Arbeitsbedingungen durch hohe Belastung irgendwann an ihre Grenzen (Schlafstörungen, Depressionen, etc). „Zwischen der subjektiven Wahrnehmung der Arbeitszufriedenheit und den langfristigen faktischen Auswirkungen liegt eine ‚Black-Box‘ individuellen Verhaltens.

Sie zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass die Betroffenen ausgeklügelte Selbsttäuschungstaktiken zum Selbstschutz entwickeln“. Das heißt Leugnen von Zeitdruck, permanenter Verfügbarkeit oder fehlender Privatsphäre. Mobilitäts- und Flexibilitätszwang werden umgedeutet zu Freiheit und Unabhängigkeit. Entfremdung von Grundbedürfnissen wie Sicherheit, Gesundheit, Privatsphäre folgt.

Solche „Stufenmodelle“ gibt es heute in vielen Bereichen, sie werden unter „Generation Praktikum“ subsumiert. Das System treibt den Leistungsgedanken auf die Spitze. Wer fühlt, es verdient geschafft zu haben, kann sich mit dem Rest kaum mehr solidarisieren, das ist weit weg von gewerkschaftlichen Gedanken. Atypische Arbeit trifft hier den Zeitgeist: Wer nicht zu recht kommt hat nicht genug „Abgrenzungskompetenz“ – selbst schuld, oder?

Für eine interessenpolitische Vertretung heißt das, das Wissen über „die effektiven Selbsttäuschungsmechanismen“ sorgfältig zu verwenden: „Das bedeutet eben nicht den permanenten Versuch den Betroffenen, ihre missliche Situation bzw. die ‚Black Box‘ offenzulegen“, sondern gemeinsam nach Bedürfnissen und Sicherheiten suchen.

# Solidarische Grenzgebiete

Selbst in der EU wird Solidarität in nationalstaatlichen Kategorien gedacht - so absurd das scheinen mag.

Dennis Tamesberger und Michaela Schmidt fragen sich, wie man transnationale Solidarität zwischen ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU herstellen bzw unterstützen könnte. Historisch gesehen lasse sich Solidarität nur durch Recht verwirklichen. Genau hier aber hapere es in der EU. Ein wesentlicher Schlüssel bestehe darin, einheitliche arbeitsrechtliche und sozialpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur dann könne überhaupt so etwas wie transnationale Solidarität entstehen, und zwar selbst zwischen den ArbeitnehmerInnen der „älteren“ EU-Mitglieder.

Einen Schritt weiter zurück gehen die MigrationsforscherInnen Petra Neuhold und Gerd Valchar. Historisch gesehen, so zeigen sie auf, ist der Bezugsrahmen für Theorien der Solidarität der Nationalstaat. Solidarität sollte also als Kitt der nationalstaatlich definierten Gesellschaften dienen. Als Instrument, um diese Solidarität herzustellen, griff man auf die StaatsbürgerInnen zurück. Ihre Einführung führte im 19. Jahrhundert einerseits dazu, dass aus Untertanen StaatsbürgerInnen wurden. Andererseits beanspruchte der Staat Souveränität über „seine“ Bevölkerung und beschränkte gleichzeitig Leistungen in ver-

schiedener Hinsicht auf diese Solidarität wirkte so gesellschaftlich integrierend und nach außen abgrenzend.

Schon damals war es umstritten, Solidarität zur Herstellung eines nationalstaatlichen Konsenses zu nutzen. Neuhold und Valchars zitieren Karl Marx, für den dies nur dazu führen würde, „die Materialisierung der Ungleichheit“ zu verdecken. Denn so homogen, wie die Gesellschaften gerne konstruiert werden, waren sie nie – und sind sie auch heute nicht.

## Für transnationale Solidarität sind die Grenzen im Weg.

In Europa wurde diese homogenisierende Konstruktion nun durch Migration bzw. das Bleiben der GastarbeiterInnen in Frage gestellt. StaatsbürgerInnenenschaft ist folglich immer weniger dazu geeignet, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen. Zugleich wird diese Vorstellung durch die europäische Einigung in Frage gestellt, mit der anstelle des nationalen Chauvinismus eine europäische Identität etabliert werden soll. Symbol dafür könnte die UnionsbürgerInnenenschaft sein. Dass diese aber nur jene

haben können, so kritisieren Neuhold und Valchars, die auch StaatsbürgerInnen eines EU-Mitgliedsstaates sind, zeige, wie sehr auch grenzüberschreitende Solidaritätskonstruktionen „letztlich dennoch nationalstaatlich verhaftet bleiben“. Das Grundproblem: „Solidarität fokussiert, wenn auch überstaatlich konzipiert, weiterhin auf die ‚Zugehörigkeit‘ zu einem Staat oder Staatsanalogon, erworben durch Geburt oder ‚Verleihung‘ und wird entlang dieser konstruiert und eingefordert. Die privilegierte Position der verrechtlichten Solidarität aufgrund und entlang von Staatsangehörigkeit bleibt weiterhin weitgehend unhin- terfragt.“

### Solidarität und Abgrenzung

*„Augenscheinlich ist, dass die Produktion von Solidarität durch Staatsbürgerschaft nach innen homogenisierend wirkt. Die Betonung einer höherwertigen nationalen Solidarität aufgrund und entlang von Staatsbürgerschaft dient einem selektiven und strategischen Verwischen von Differenz und einem Ausblenden von Interessenunterschieden innerhalb der Gesellschaft.“*  
Petra Neuhold und Gerd Valchars



## Streit im positiven Sinne

*Der Moment: Das ist jetzt der dritte Momentum-Kongress - ist das schon Routine?*

Blaha: Ganz sicher nicht. Es ist natürlich jedes Mal aufregend, gerade weil Momentum jedes Jahr größer, bunter, vielfältiger wird. Die Aufstellung am ersten Abend hat gezeigt, dass jene, die heuer erstmals dabei sind, sich mit den „Wiederkehrern“ zumindest die Waage halten. Das ist doch ein schönes Zeichen!

*Der Moment: Warum habt ihr diesmal Solidarität als Überthema gewählt?*

Naja, Freiheit und Gerechtigkeit hatten wir schon (lacht). Im Ernst: Weil sich gerade jetzt in der Bewältigung der Fi-

nanz- und Wirtschaftskrise die Frage stellt, wer die Lasten schultern muss und ob hier eine solidarische Politik verfolgt wird. Im Moment sieht es da nicht so gut aus...

*Der Moment: Wann kann dieser Kongress für dich als gelungen gelten?*

Wenn zwei Dinge passieren: Austausch im Sinne von Interesse für die Positionen der anderen, und Streit im positiven Sinne, wenn Politik und Wissenschaft aufeinander treffen und sich etwas Neues, Spannendes entwickelt. Letztendlich: Wenn wir am Sonntag mit neuen Ideen und Projekten nach Hause fahren.



Die 27-jährige Germanistin Barbara Blaha ist Präsidentin von Momentum.

## Was ist eigentlich Momentum?



Obama hat es zum Präsidenten gemacht und seither will es jedeR auf seiner Seite haben. Wie es sich für einen ordentlichen Begriff gehört, stammt er ursprünglich aus dem Lateinischen und bedeutet soviel wie: *Augenblick, Bedeutung, Bewegung, Schwung*. Beschrieben wird Momentum auch als das Vorantreiben eines Prozesses. Im Englischen ist es die Bezeichnung für die physikalische Größe *Impuls*, und der Brockhaus definiert es als einen *wesentlichen Einflussfaktor* oder

*Gesichtspunkt*. Wer Momentum in Wikipedia sucht, erfährt, dass unter dem Namen etwa ein Film über ein militärisches Geheimprojekt, ein Verfahren zur Charakteranalyse und Teile der Neuroinformatik reüssieren. Und eben auch: „ein politisch-wissenschaftlicher Kongress im oberösterreichischen Hallstatt“, der unter dem Titel Momentum Impulse setzen will – für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Das wären dann wir.

## Für NetzwerkerInnen

Drei Minuten ohne Luft, drei Tage ohne Wasser, drei Wochen ohne Essen, kommt man aus, heißt es. Und ohne Internet? Lieber gar nicht erst probieren. Damit niemand vom digitalen Datenfluss abgeschnitten wird, gibt es im Eingangsbereich des Kon-

gresszentrums Möglichkeiten zum Mails checken, Nachrichten anschauen und Facebook updaten (nur den Zugang zu anderen Tageszeitungen haben wir leider sperren müssen - weil Konkurrenz. Wir bitten um Verständnis, der Zeitungsmarkt ist hart).

## Mittagspause?

Wer nicht die vielen Gasthöfe im Zentrum ausprobieren möchte:

Der „Konsum“ (Lahn 23, direkt beim Schranken) ist ein Überbleibsel der früher riesigen gewerkschaftseigenen Supermarktkette. Am Freitag hat er durchgehend geöffnet, am Samstag bis 13 Uhr. Leberkäse-Semmel, Kaffee und Co gibt's in der Bäckerei Maislinger, Seestraße 156, geöffnet Freitag und Samstag von 6-18 Uhr.

## Info und Tabak

Zeitungen und Zigaretten hat die Trafik in der Seestraße 157, geöffnet am Freitag bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr, am Samstag bis 15 Uhr.

Ein Zigarettenautomat ist neben der Trafik, außerdem kann man im Kongresszentrum im Vorraum des Cafés Zigaretten kaufen – bei diesem Automaten allerdings ein bisschen teurer.

## Termine am Freitag

*Wie kommen wir da wieder raus?*

Podiumsdiskussion 19:00 – 21:00 Uhr: Birgit Mahnkopf (Politikwissenschaftlerin), Gabriele Michalitsch (WU Wien) und Engelbert Stockhammer (Ökonom) diskutieren im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit dem Publikum die Frage, wie wir „solidarisch aus der Krise“ kommen.

*Da steppt der Bär*

Heute ab 21:00 Uhr bei Buffet und Jazz im Kongresszentrum